



# FÜR EINEN EUROPÄISCHEN ANSATZ IN DER ENERGIEPOLITIK

Energie ist ein unverzichtbarer Bestandteil in unserem Alltag, sowohl für Haushalte als auch für Unternehmen. Deshalb ist eine erfolgreiche Energiepolitik ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Bisher haben die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre Energiepolitik ausschließlich national bestimmt. Welche Energiequelle in welchem Maße in einem Mitgliedstaat gefördert und für die nationale Energieversorgung eingesetzt werden sollte, wurde in Berlin, Paris oder Warschau entschieden. Diese unkoordinierte

Vorgehensweise hat zu einem energiepolitischen Flickenteppich in der EU geführt und die Bemühungen für die Schaffung eines europäischen Energiebinnenmarktes geschwächt.

Innerhalb der EU macht der Energiefluss längst keinen Halt mehr an nationalen Grenzen. Aufgrund des zunehmenden grenzübergreifenden Stromhandels haben energiepolitische Entscheidungen in einem Mitgliedstaat auch unmittelbare Folgen für die Nachbarländer. Um der Notwendigkeit ei-

# FÜR EINEN EUROPÄISCHEN ANSATZ IN DER ENERGIEPOLITIK



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der  
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

ner abgestimmten europäischen Energiepolitik Rechnung zu tragen, haben sich das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach den Europawahlen im Mai 2014 auf eine stärkere Zusammenarbeit in der Energiepolitik verständigt. Das Ziel ist es, eine europäische Energieunion zu bilden. Die Energiepolitik ist ein Politikbereich der sogenannten geteilten Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Gemeinsam sind die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten für bestimmte Bereiche der Energiepolitik zuständig. Sie müssen das Funktionieren des Energiemarkts sicherstellen, die Energieversorgungssicherheit in der Union gewährleisten, die Energieeffizienz und Energieeinsparungen sowie die Verbindungen der Energienetze fördern und erneuerbare Energiequellen entwickeln. Darüber hinaus gibt es Bereiche, für die ausschließlich die Mitgliedstaaten die Verantwortung tragen. Beispielsweise können sie ihren nationalen Energiemix selber festlegen: sie entscheiden selbst, welche Energiequelle sie in welchem Maße fördern und für die nationale Energieversorgung einsetzen.

Für einen zunehmenden europäischen Ansatz in der Energiepolitik muss uns ein Paradigmenwechsel gelingen: eine stärkere europäische Zusammenarbeit, die auf Solidarität und Vertrauen basiert, statt den Fokus auf nationale Interessen zu legen. Das Europäische Parlament benötigt in dieser Frage die Unterstützung der Mitgliedstaaten. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen wir die Bildung einer Energieunion als eine Chance für eine europaweite Energiewende, die eine nachhaltige und sichere Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen für Haushalte und für Unternehmen gewährleistet. Für eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung in der europäischen Energieunion fordern wir:

## 1. EIN KLARES BEKENNTNIS FÜR EIN NACHHALTIGES ENERGIEMODELL

Unsere heutige Energieversorgung ist stark von fossilen Brennstoffen wie Kohle und Gas abhängig. Diese Energiequellen erzeugen hohe Umweltkosten, erhöhen die Importabhängigkeit der EU gegenüber externen Lieferanten, und vor allem verschmutzen sie durch ihre starken Emissionen die Umwelt. Die Europäische Union braucht ein neues Energiemodell, das auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung ist die Voraussetzung für Wohlstand und für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit der EU. Daher setzen wir Sozialdemokraten/-innen uns für eine europaweite Energiewende ein, in deren Zentrum erneuerbare Energien und Energieeffizienz stehen.

Erneuerbare Energien, wie Wind- und Solarenergie sowie Wasserkraft sind die nachhaltigsten Energiequellen, die uns Europäern zur Verfügung stehen. Bereits heute decken erneuerbare Energien den Bedarf von 78 Millionen Menschen in der EU - ein Viertel des europäischen Stromverbrauchs. Wenn es uns gelingt, die Weichen richtig zu stellen, kann die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in der EU sogar um weitere 30 Prozent steigen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss überall in der EU vorangetrieben werden. Gerade in diesem Bereich können zukunftsfähige neue Arbeitsplätze entstehen. Bereits heute beschäftigt der Wirtschaftssektor der Erneuerbaren mehr als eine Million Menschen. Europäische Unternehmen halten heute 40 Prozent aller Patente für erneuerbare Energien. Daher muss in den kommenden Jahren stärker in die Forschung und Entwicklung dieser Energiequellen investiert und die globale Vorreiterrolle der EU gefestigt werden.

# FÜR EINEN EUROPÄISCHEN ANSATZ IN DER ENERGIEPOLITIK



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der  
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament



Die nachhaltigste, sicherste und günstigste Energie ist diejenige, die gar nicht erst verbraucht wird. Daher ist die Energieeffizienz die strategisch wichtigste Energiequelle der EU. Die Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudesektor ist von zentraler Bedeutung. Gerade im Gebäudesektor, auf den durch Heizen einerseits und kühlende Klimaanlage andererseits 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs der EU fallen, gibt es ein enormes Einsparpotenzial, das besser ausgeschöpft werden muss. Ein klares Bekenntnis für eine europaweite Energiewende bedeutet auch eine Priorisierung erneuerbarer Energiequellen und der Energieeffizienz gegenüber anderen Energiequellen. Deshalb sollten europäische Fördermittel vorrangig für die Weiterentwicklung entsprechender Technologien für die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt werden.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat die Kernenergie keinen Platz in unserem zukünftigen Energiesystem. Die Energiegewinnung aus Kernenergie ist rückschritt-

lich, unwirtschaftlich und mit hohen Risiken verbunden. Solange Atomkraftwerke betrieben werden, besteht die Gefahr einer nuklearen Katastrophe. Darüber hinaus ist die Endlagerfrage für den radioaktiven Abfall noch nicht geklärt. Es gibt nachhaltige, kostengünstigere und vor allem sicherere Alternativen zur Kernenergie. Da die Mitgliedstaaten nach den EU-Verträgen frei über den Einsatz der Kernenergie entscheiden können, müssen auf europäischer Ebene die richtigen Anreize für den Ausbau nachhaltiger und erneuerbarer Energiequellen gesetzt werden. Wir stellen uns vehement gegen jegliche Art von staatlichen Subventionen für die Förderung der Kernenergie. Bei der Genehmigung derartiger Subventionen im Nuklearbereich sollte die Europäische Kommission ein besonderes Augenmerk auf ihre Vereinbarkeit mit den ambitionierten Energie- und Klimazielen der EU legen. Darüber hinaus stellen die erwähnten Sicherheitsbedenken ein entscheidendes Argument gegen die finanzielle Förderung von nuklearer Energie dar. Konventionelle Kraftwerke sind in vielen Mit-

# FÜR EINEN EUROPÄISCHEN ANSATZ IN DER ENERGIEPOLITIK



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der  
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

gliedstaaten ein bedeutender Bestandteil der nationalen Energieversorgung. Kurz- und mittelfristig werden Kohlekraftwerke weiterhin eine wichtige Rolle für die Energieversorgungssicherheit in der EU spielen. Gleichzeitig ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar, dass eine europaweite Energiewende einen Strukturwandel im europäischen Energiesystem erfordert, der es ermöglicht, langfristig auf CO<sub>2</sub>-intensive Kohlekraftwerke zu verzichten. Für uns ist die Energieerzeugung aus Kohle keine Zukunftstechnologie. Daher müssen die vielen Arbeitsplätze und die Wertschöpfungsketten in diesem Energiesektor durch Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zukunftsorientiert aufgestellt werden.

## 2. BEZAHLBARER STROM FÜR VERBRAUCHER UND UNTERNEHMEN

Die Energieversorgung kann einkommensschwache Haushalte vor große finanzielle Herausforderungen stellen. Zur wirksamen Bekämpfung der Energiearmut müssen schutzbedürftige Bürgerinnen und Bürger in besonderem Maße bei der Gestaltung der Energiepolitik berücksichtigt werden - sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. Für uns Sozialdemokraten/-innen ist das Recht auf eine bezahlbare Energieversorgung ein Grundrecht. Kein europäischer Bürger und keine europäische Bürgerin sollten in diesem Recht eingeschränkt sein. Daher plädieren wir für die Einführung sozialer Energietarife für besonders schutzbedürftige Menschen, die zum Beispiel an eine Einkommenshöchstgrenze gekoppelt werden können. Darüber hinaus muss der soziale Wohnungsbau bei der energetischen Sanierung Vorrang haben.

Energiekosten spielen auch eine zentrale Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen In-

dustrien - insbesondere der energieintensiven Industrien. Gerade hier machen die Energiekosten einen großen Teil der Produktionskosten aus. Es ist uns ein besonderes Anliegen, den Industriestandort Europa mit den richtigen politischen Rahmenbedingungen langfristig im internationalen Wettbewerb zu stärken. Für die Reindustrialisierung der EU ist es entscheidend, dass der Industrie ausreichend Flexibilität gewährt wird und gleichzeitig Anreize entstehen, für die Forschung nach innovativen und umweltschonenden Technologien.

## 3. VERRINGERUNG DER ENERGIE- IMPORTE AUS DRITTSTAATEN

Die Europäische Union ist der weltweit größte Energieimporteur. Zur Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung ist die EU maßgeblich auf Energieimporte aus Drittstaaten angewiesen. Derzeit werden durchschnittlich 53 Prozent der in der EU verbrauchten Energie importiert. Diese Importe kosten die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher täglich mehr als eine Milliarde Euro. Für bestimmte Rohstoffe ist die EU besonders stark auf Importe angewiesen. Beispielsweise werden 90 Prozent des Öl- und 66 Prozent des Gasbedarfs in der EU durch Importe aus Drittstaaten abgedeckt. Gas importieren wir hauptsächlich aus Russland (39 Prozent), Norwegen (34 Prozent) und Algerien (13 Prozent). Die Hauptöllieferanten der EU sind Russland (29 Prozent), Norwegen (13 Prozent) und Nigeria (9 Prozent). Die Energieversorgungssicherheit in der EU wird von einer zu starken Abhängigkeit von einzelnen Energielieferanten beeinträchtigt, die ihre Rohstoffe für geopolitische Zwecke nutzen oder politischen Druck aufbauen können.

Wir setzen uns dafür ein, dass die EU ihre Energielieferanten und Versorgungswege stärker diversifiziert. Eine größere Zahl von Energielieferanten verringert

# FÜR EINEN EUROPÄISCHEN ANSATZ IN DER ENERGIEPOLITIK



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der  
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

die Abhängigkeit von einzelnen marktdominanten Lieferstaaten und schützt die EU davor, von einem Abhängigkeitsverhältnis ins andere zu geraten. Wir plädieren dafür, strategische Energiepartnerschaften mit zuverlässigen Lieferstaaten zu schließen. Von unseren Energiehandelspartnern erwarten wir, dass sie bei der Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten geltendes EU-Recht respektieren. Unternehmen aus Drittstaaten, die im EU-Binnenmarkt agieren, sind im gleichen Maße den EU-Gesetzen unterworfen wie inländische Unternehmen. Für die Überprüfung der Wettbewerbsregeln kommt der Europäischen Kommission eine besondere Verantwortung zu.

Bevor neue zwischenstaatliche Energievereinbarungen mit Drittstaaten unterzeichnet werden, sollten diese von der Europäischen Kommission auf ihre Vereinbarkeit mit den EU-Rechtsvorschriften und mit den langfristigen Energie- und Klimazielen der EU überprüft werden. Mitgliedstaaten und Europäische Kommission können durch ein geschlossenes Auftreten auf dem internationalen Parkett ihre Verhandlungsmacht gegenüber ihren Energiepartnern steigern. Daher ist es besonders wichtig, dass die EU in der Energiepolitik nach außen mit einer Stimme spricht. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind davon überzeugt, dass die EU langfristig ihre starke Energieabhängigkeit abbauen und stärker auf ihre eigenen nachhaltigen Energiequellen setzen muss.

## 4. VOLLENDUNG DES EUROPÄISCHEN ENERGIEBINNENMARKTES

Der europäische Energiebinnenmarkt leistet einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Energieversorgung in der EU. Für die Vollendung des Energiebinnenmarktes bedarf die europäische Energieinfrastruktur einer tiefgreifenden Modernisierung. Auf technischer

Ebene muss der europäische Strommarkt auf die schwankende Erzeugung der erneuerbaren Energien optimiert und auf der Angebot- und Nachfrageseite flexibilisiert werden, um dem steigenden Marktanteil Erneuerbarer gerecht zu werden. Für eine stärkere Integration der noch existierenden Energieinseln in der EU müssen die Stromübertragungs- und Gasfernleitungsnetze ausgebaut werden, so dass vor Ort produzierte Energie auch da ankommt, wo sie gerade gebraucht wird.

## 5. EIN AMBITIONIERTER UND VERBINDLICHER ENERGIE- UND KLIMARAHMEN FÜR 2030

In den letzten Jahren hat die EU bewiesen, dass wirtschaftliches Wachstum nicht mit einem Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen einhergehen muss. So hat die EU zwischen 1990 und 2012 ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen um etwa 18 Prozent gesenkt, während das Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum um rund 45 Prozent gestiegen ist. Im Rahmen der Verhandlungen über die Klima- und Energieziele der EU für 2030 setzen wir Sozialdemokraten/-innen uns im Europäischen Parlament für verbindliche und ambitionierte Zielmarken ein. Wir fordern ein europaweites Energiesparziel von 30 Prozent, eine Steigerung der Energieeffizienz um 40 Prozent und eine Verminderung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent im Vergleich zu 1990. Nur verbindliche und verlässliche Rahmenbedingungen erlauben es der europäischen Industrie, in die Zukunft zu investieren. Investitions- und Planungssicherheit sind der Garant für den Erhalt des wirtschaftlichen Wohlstands und wichtiger Arbeitsplätze.



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Stand Dezember 2015

## KONTAKT / HERAUSGEBER

### **Büro Berlin:**

Europäisches Parlament  
Fraktion der S&D  
Deutsche Delegation  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: + 49 30 2277 1273  
E-Mail: [europabuero.spd@bundestag.de](mailto:europabuero.spd@bundestag.de)

### **Büro Brüssel:**

Europäisches Parlament  
Fraktion der S&D  
Deutsche Delegation  
Rue Wiertz  
1047 Brüssel / Belgien  
Telefon: + 32 2 284 3190  
E-Mail: [s-d.delegationDE@ep.europa.eu](mailto:s-d.delegationDE@ep.europa.eu)